

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 21. November.

5. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 1 1/2 Uhr. Die Tribünen sind mäßig besetzt, am Ministertisch Freiherr v. d. Heydt und v. Roon.

Präsident v. Focke beginnt, dass eine Anzahl von Exemplaren einer die Lage der Provinz Preußen schildernden Denkschrift des Vorstandes der Königsberger Kaufmannschaft eingekauft ist und zur Einsicht ausliegt; ferner, dass der Landtags-Almanach, herausgegeben von Dr. Sirt, in zehn Tagen erscheinen wird.

Alsdann wird zur Vereidigung von 82 in das Haus neu eingetretenen Abgeordneten geschritten, von denen jedoch zwei bei dem Namensaufruf abwesend sind. Der Präsident befehlt, bevor er zu dem feierlichen Act schreitet, den Dienern des Hauses, die Thüren des Saales zu schließen, und fordert die auf den Tribünen befindlichen Personen sowie die Mitglieder des Hauses auf, sich den ihnen eigenen zu erheben. Alsdann ruft er die zu vereidigenden Abgeordneten in vier Abtheilungen auf und nimmt ihnen den Eid in der vorgeschriebenen Form ab: „Ich (solgt Vor- und Name) schwöre es, so wahr mir Gott helfe!“ — wobei jedem Schwörenden ein betrübender Zusatz je nach seinem Religionsbekenntnis freisteht. Der Abg. Moritz Warburg (Altova) hebt die Schwurfinger nicht auf mit der nachträglichen Bemerkung, dass er Israelit sei.

Der Präsident theilt hierauf das Resultat der Schriftführer und Commissionswahlen mit (s. u.).

Der Herr Finanzminister bringt alsdann eine Reihe von Vorlagen ein und erläutert sie. Wir bemerken dabei, dass der Herr Minister, dessen leise Stimme schon in dem ehemaligen kleineren Saale schwer zu verstehen war, in dem jetzigen vergrößerten für die Berichterstattung beinahe unfaßbar wird.

Finanzminister v. d. Heydt: Ich habe dem hohen Hause im allerhöchsten Auftrage den Entwurf, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts für das Jahr 1868 vorzulegen. Der Etat ergibt, daß in den einzelnen Titeln auf zahlreiche neue Bedürfnisse Bedacht genommen ist, daß die durch entstehenden Mehrausgaben mit Rücksicht ermittelt sind und in den Mehr-Einnahmen ihre Deckung gefunden haben und daß dennoch das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben erhalten worden ist. Der Etat hat gegen die vorhergehenden Etats eine bedeutende Abweichung, die sich daraus ergibt, daß zunächst die sehr beträchtlichen Einnahmen und Ausgaben, die der Bundesverfassung gemäß an den norddeutschen Bund übergegangen sind, auszuweisen waren, daß sodann diejenigen Einnahmen und Ausgaben der neuen Landestheile, die für das Jahr 1867 in den durch die Gesetzsammlung verkündigten Etats nachgewiesen sind, in diesem Etat zu verzeichnen waren mit den Einnahmen und Ausgaben der alten Landestheile. Es stellt sich der Etat für 1868 in Einnahmen und Ausgaben um etwa 50 Millionen geringer als der Voranschlag für 1867. Für die alten Landestheile beträgt derselbe in Einnahmen 122,020,000 Thlr., die Ausgaben dagegen 120,400,000, es ergibt sich für diese damit ein Ueberschuß von 1,620,000 Thlr. Für die neuen Landestheile beträgt sich für 1868 die Einnahme auf 37,830,000 Thaler, die Ausgabe auf 39,450,000 Thaler.

Es ist daher ein Zufluß erforderlich von 1,620,000 Thlr., welcher durch den Ueberschuß der alten Landestheile gedeckt wird. Was die Abänderung der einzelnen Positionen betrifft, so ist zunächst zu erwähnen, daß auf den norddeutschen Bund übergegangen sind und daher vom alten Etat in Abzug gebracht, an Einnahmen 62,173,000 Thlr., an Ausgaben dagegen 80,450,000 Thlr. Es hat mithin die preussische Staatskasse erspart 18,280,000 Thlr.; dagegen sind von Preußen an den Bund zu zahlen an Matritularbeiträgen 16,873,000 Thlr., Ueber für Solleinnahmen und Verbrauchssteuern 156,000 Thlr., zusammen 17,029,000 Thlr. Der Etat ergibt eine Mehreinnahme von 4,788,000 Thlr., davon fallen unter Anderem auf die Domänen 122,000 Thlr., auf die Forsten 220,000 Thlr., auf die direkten Steuern hauptsächlich in den neuen Landestheilen 2,015,000 Thlr., auf die indirekten Steuern 406,000 Thlr., Mehreinnahme aus dem Erbs der Salzbestände 1,780,000, Gewinn des Seehandlungs-Instituts 100,000 Thlr.; auf die Gewinnliste der preussischen Bank ein Ueberschuß von 1,577,000 Thlr., auf die eigenen Einnahmen der Justizverwaltung 1,285,000 Thlr., auf verschiedene andere Verwaltungen ein Mehrerlös von zusammen 200,000 Thlr. Diesen Mehreinnahmen im Gesamtbetrage von 7,975,000 Thlr. stehen folgende Mindereinnahmen gegenüber. Bei der allgemeinen Cassenverwaltung 3,040,000 Thlr., davon bestehen in verschiedenen Einnahmen der neuen Landestheile an Ueberschüssen der Vorjahre Kapitalbestände zum Betrage von 2,466,000 Thlr., welche im Etat pro 1867 zur Ausgleichung der Etats genommen werden mußten. Außerdem ergibt sich ein Einnahme-Ausfall bei den Berg-, Hütten- und Salinenverwaltungen von 110,000 Thlr., für die Hohenzollernschen Lande ein Ausfall von 87,000 Thlr. Nach Abrechnung dieser Einnahme-Ausfälle von zusammen 3,237,000 Thlr. von der Netto-Mehreinnahme von 7,975,000 Thlr. verbleibt der zuerst erwähnte Ueberschuß von 4,738,000 Thlr.

Diesem Ueberschuße treten noch hinzu die Ausgabe-Ersparnisse bei verschiedenen Verwaltungen von zusammen 1,602,000 Thaler, ferner die Ersparnisse, welche bei Vergleichung der dem norddeutschen Bunde überwiesenen Einnahmen und Ausgaben und der an denselben direct zu leistenden Zahlungen zu Gunsten der preussischen Staatskasse sich ergeben mit 1,251,000 Thaler; die Gesamterparnisse für neue und Mehrausgaben betragen demnach überhaupt 7,593,000 Thlr. An Mehrausgaben sind dagegen in Ansatz gebracht 1) Zufluß zur Rente des Kronfideicommiss-Fonds 1,000,000 Thlr. In dieser Beziehung wird dem hohen Hause eine besondere Vorlage zugehen, worin diese Mehrforderung motivirt wird. Ich bemerke jetzt nur, daß die Erhöhung dieser Rente auf 4 Millionen noch nicht diejenige Höhe erreicht, die sich ergeben würde, wenn die Steigerung der Renten der Domänen seit dem Jahre 1820 in Betracht gezogen wird. Es betrugen 1820 die Zinse der Domänen und Forsten 7,850,000 Thlr. Bis zum Ende des vergangenen Jahres sind an 70 Millionen zum Domänen-Veräußerungs-Fonds von den Verkäufen der Domänen und Frachten und aus der Ablösung der Lasten eingenommen. Nach den Verkäufen in Höhe von 70 Millionen betrug die Rente im verflossenen Jahre 10,000,000 Thlr. Es war sonach seit 1820, ungeachtet der Verwerthung in Höhe von 70 Millionen, eine Erhöhung eingebracht von 2 1/2 Millionen. Wenn die 70 Millionen zum Zinsfuß von 5 Procent angenommen würden — natürlich würden die betreffenden Domänen unterläuft eine höhere Rente bringen — was 3 1/2 Millionen ergäbe, und würden diese dem Ueberschuße von 2 1/2 Millionen zugerechnet, so würde der ursprüngliche Betrag der Kronfideicommiss-Rente von 2 1/2 Millionen sich auf mehr als 4,300,000 Thlr. steigern.

Für die Staatsschulden ist eine Mehrausgabe von 3,370,000 Thlr. notwendig zur Verzinsung und Amortisation der in den alten Landestheilen neu hinzugekauften Staatsschulden. Für das Abgeordnetenhaus hat der Etat 52,000 Thlr. mehr wegen Vermehrung der Zahl der Mitglieder; für das Finanzministerium zur Ausführung anderweitiger Regelung der Grundsteuer in den neuen Landestheilen 250,000 Thlr., zur Erweiterung der Geschäftsräume 70,000 Thlr. und zu Manumytragungen 50,000 Thlr. Sodann für die Verlegung der Porzellanmanufaktur 100,000 Thlr., für das Justizministerium 1,606,000 Thlr. wesentlich für die Gerichtsbehörden in den neuen Landestheilen, für das Ministerium des Innern 1,021,000 Thlr., wovon 177,000 Thlr. für Strafanstalten, 89,000 Thlr. für landräthliche Behörden, 318,000 Thlr. für Polizei, 128,000 Thlr. für Gensd'armie, 33,000 Thlr. für die Veteranen aus den Jahren 1813—15 in den neuen Landestheilen. Für das landwirthschaftliche Ministerium eine Mehrausgabe von 206,000 Thlr., darunter 64,000 Thlr. für Auswanderungs-Beihilfen, 25,000 Thlr. für die Beförderung der Pferdezucht; für das Unterrichtsministerium 45,000 Thlr., darunter 15,000 Thlr. für Universitäten, 28,000 Thlr. für Schullehrer-Seminare. Für andere Verwaltungen 123,000 Thlr.

Ferner sind in dem Etat in Ansatz gebracht 268,000 Thlr. in Folge von Gehaltsverbesserungen für Unterbeamte zur Ergänzung der im Etat pro 1867 bewilligten Erhöhungen, welche bekanntlich im vorigen Etat nicht für das ganze Jahr gewährt waren.

Zur Ausgleichung dient diese Summe von 268,000 Thlr., sodann für Bureau- und Kanzleibeamte, sowie für Bureau-Hilfsbedienstete bei den Local- und Provinzial-Beörden 600,000 Thlr., Erhöhung der Gehälter der Landräthe

20,000 Thlr., für höhere Staatsbeamte 41,000 Thlr. Außerdem sind nicht unerhebliche Summen verwendet, um die Besoldungen der Beamten in den neuen Landestheilen auf die Normalhöhe der alten zu erhöhen. Endlich sind die laufenden und einmaligen Pensionsabzüge der Beamten circa 350,000 Thlr., Ihre Genehmigung vorausgesetzt, außer Ansatz gelassen, von welcher Summe den Beamten der 4. Rangklasse von den Appellationsgerichten abwärts all-in 1/2 zu Gute kommen. Es ist sodann das Haupt-Extraordinarium der Generalstaatskasse um 100,000 Thlr. erhöht. Bekanntlich war in der vorigen Session die Bewilligung des Hauptordinariums im Betrage von 300,000 Thlr. an die Bedingung der nachträglichen Genehmigung jeder einzelnen Ausgabe geknüpft. Die Staatsregierung hatte diesen Vorbehalt für unannehmbar erklärt; sie hatte aber um deswillen keine Schwierigkeiten machen wollen bei der Feststellung des Etats, im Vertrauen, daß dieses Mal das hohe Haus das Hauptextraordinarium ebenso bewilligen werde, wie in allen früheren Jahren. Es ist nun eine Erhöhung von 100,000 Thlr. vorgeschlagen, nicht nur wegen Erweiterung des Staatsgebietes, sondern auch mit Rücksicht auf die Nothstände in der Provinz Preußen und anderwärts. Für den Allerb. Dispositionsfonds zu Gnadenbewilligungen ist mit Rücksicht auf die Erweiterungen des Staatsgebietes eine Erhöhung von 100,000 Thlr. vorgeschlagen, sodann eine Erhöhung des Gnadenpensionsfonds um 30,000 Thlr., für den Fonds zur Ausgleichung der Gehälter, Wartegelder und Besoldungen für die disponiblen Beamten in den neuen Landestheilen im Betrage von 100,000 Thlr.

Die Staatsschulden belaufen sich jetzt für die alten Landestheile auf 306,143,000 Thaler einschließlich 102,000,000 Thaler für Eisenbahnschulden; für Hannover 41,160,000 Thaler, einschließlich 25,250,000 Thaler für Eisenbahnschulden; für Kurhessen 16,535,000 Thaler, einschließlich 16,000,000 Thaler für Eisenbahnschulden; für Nassau 20,516,000 Thaler, einschließlich 16,589,000 Thlr. für Eisenbahnschulden; für Hessen-Homburg 161,000 Thlr.; für Schleswig-Holstein 22,140,000 Thlr., in Summa 406,658,000 Thlr., einschließlich 160,112,000 Thlr. für Eisenbahnschulden. Mit Hinzurechnung von 15,842,000 Thlr. unverzinslicher Schulden (Kassen-Anweisungen) beläuft sich die gesammte Staatsschuld auf 422,501,000 Thlr. In dem vorliegenden Etat sind zur Verzinsung dieser Schuld 16,454,000 Thlr., für die Amortisation 7,966,000 Thlr. bestimmt. Bei der Amortisation werden bekanntlich die ersparten Zinsen hinzugefügt. Von der Stadt Frankfurt ist ferner an Schulden zu übernehmen 11,964,000 Thlr., für ihre Verzinsung sind in dem Etat 580,000 Thlr. ausgeworfen. In Beziehung auf die Uebernahme der Staatsschulden der neuen Landestheile wird in nächster Zeit ein besonderer Gesetzentwurf vorgelegt werden.

Es war sodann in dem Creditgesetz vom 28. September 1866 bestimmt, daß, wenn Schatzanweisungen ausgegeben wurden, im nächsten Budget Bestimmungen getroffen werden sollen über die Wiederabgabe neuer Schatzscheine. Es sind nun ausgegeben 10,000,000 Thlr. Schatzscheine; es war also nöthig, da sie nicht aus anderen Mitteln im nächsten Jahre gedeckt werden können, in dem Etatgesetz darüber das Nöthige vorzulegen. Es heißt demnach in § 2 des Gesetzentwurfs: „An Stelle der im Laufe des Jahres 1867 ausgegebenen Schatzanweisungen im Betrage von 10,000,000 Thlr. können im Jahre 1868 neue verzinsliche Schatzanweisungen, längstens auf ein Jahr laufend, zu gleichem Betrage ausgegeben werden. Auf die neu ausgegebenen Schatzanweisungen finden die Bestimmungen der §§ 4 und 6 des Gesetzes vom 28. September 1866 Anwendung.“

Gleichgültig überweise ich eine Uebersicht des Sollauskommens an directen Steuern für 1867 und des Istauskommens an Mahl- und Schlachtsteuer für 1866 und eine andere Denkschrift, betreffend die Einführung der allmählichen directen Steuern in den neuen Landestheilen. Der Hauptzettel ist spätestens morgen gedruckt und wird abgeliefert. Es war aber nicht möglich, sämtliche Anlagen schon gedruckt zu beschaffen, weil mir zum Theil in den allerletzten Tagen erst die Materialien zugegangen sind. Es sind aber vier Druckereien mit dem Druck beschäftigt und es wird jedenfalls im Laufe der nächsten Woche Alles an das Haus abgeliefert werden.

Präsident v. Focke bedankt sich für den Beschluß des Hauses über die geschäftliche Behandlung des Budgets dann extrahiren, wenn der Hauptzettel in Aller Händen ist.

Finanzminister v. d. Heydt legt ferner in Gemeinschaft mit dem Ministerpräsidenten und dem Kriegsminister eine Denkschrift über die Ausführung des Creditgesetzes vom 28. September 1866 zur Genehmigung vor. Die Einnahmen, die der Regierung zur Verfügung standen, betrafen in 1864 die Einnahmen, die den Beständen der Generalstaatskasse aus den Ueberschüssen vom Jahre 1865, in 7,985,000 Thlr. aus den Ueberschüssen von 1866, an sonstigen Einnahmen mit 97,000 Thlr., zusammen 8,085,000 Thlr. Aus dem Staats-schatz waren genommen 20,029,000 Thlr.; an Kriegsschuldentilgungen und Kriegsschuldentilgungsgeldern waren eingegangen 60,487,000 Thlr., an Effecten sind realisiert für 17,968,000 Thlr., auf den Credit von 60 Millionen sind 30,000,000 Thlr. an Staatsobligationen ausgegeben und im Betrage von 29,208,000 Thlr. verwertet, also durchschnittlich zu 98%. Es ist noch ein Rest vorhanden, der für 411,000 Thlr. Eids veranschlagt ist. Sodann sind ausgegeben 10 Millionen Schatzanweisungen, also auf den Credit verwendet 39,619,000 Thlr. und mit den vorhin genannten Summen 146,200,000 Thlr.

Die Ausgaben betragen 27 1/2 Millionen an den Staats-schatz, Zins- und Verzinsungen für indirecte Steuern, welche vor der Verfallzeit benutzt wurden, 299,000 Thlr., für Herstellung von Erinnerungstreuen für die Truppen 200,000 Thlr., zu gemeinen Ausgaben für militärisch-politische Zwecke 720,000 Thlr. (Soll). Kosten der Erhebung der Kriegsschuldentilgung 84,000 Thlr., Vergütungen für Kriegsschulden 200,000 Thaler, Dotationen für hervorragende Dienste im Kriege 1 1/2 Millionen, an den Großherzog von Oldenburg 1 Million, sodann an die depostiderten Fürsten (Soll) den vormaligen Herzog von Nassau 3,891,000 Thaler, an den vormaligen König Georg von Hannover 16,000,000 Thlr. (Soll) (Soll), aus der Abrechnung mit dem deutschen Bunde 2,133,000 Thaler, zur Verlastung des Extraordinariums der Marine, dem Gesetze entsprechend, 4,483,000 Thlr., Kriegskosten für die Landarmee 81,750,000 Thaler. Die Kriegskosten sind näher nachgewiesen; es sind vorausgabt an laufenden Ausgaben bis 1866: 17,526,000 Thlr., bis zum 3. Quartal 1867: 16,601,000 Thaler, für den Restbedarf ist veranschlagt 28,126,000 Thlr., zusammen 62 Millionen. Dann sind noch einmalige Ausgaben besonders nachgewiesen: 14,928,000 Thlr. für 1866 und 1,853,000 Thlr. für 1867. Der Restbedarf ist veranschlagt zu 2,600,000 Thlr., zusammen 19,405,000 Thlr., mit der vorhin genannten Summe 81,750,000 Thlr. Vergütungen für Kriegsschuldentilgungen und Lankeleistungen 6 Millionen, für Telegraphen-Entlohnungen auf dem Kriegsschuldenlage 60,500 Thlr., zusammen 150,831,000 Thlr. Nach Abzug der Einnahmen von 146,200,000 Thlr. verbleibt ein Mehrbedarf von 4,630,608 Thaler. Die genaue Summe wird sich erst später ergeben. Die Regierung trägt nun darauf an, daß der frühere Credit von 60 Millionen, der auf Höhe von 40 Millionen benutzt ist, auf 5 Millionen erneuert werde. Zu diesem Zwecke lege ich einen Gesetzentwurf vor, wonach 5 Millionen im Wege verzinslicher Schatzanweisungen oder durch Vergebung einer Staatsanleihe zur Verfügung der Regierung zu stellen.

Das Haus beschließt, auch den Druck dieser Vorlage abzuwarten, bevor es sich über ihre Behandlung entscheidet.

Finanzminister v. d. Heydt legt ferner die allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushalt des Jahres 1864 mit den Bemerkungen der Ober-Rechnungskammer vor. Statt eines Deficits von 2 1/2 Millionen hat sich ein Ueberschuß von 6,916,000 Thlr. herausgestellt. (Wird an die Budget-Commission verwiesen.)

Ferner den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Regelung des Etats- und Rechnungswesens in den neuen Landestheilen mit Ausschluß Frankfurt für 1867. Für 1866 sollen besondere Commissionen die Rechnungen revidiren, für 1867 desgleichen. Die Ober-Rechnungskammer ist mit den betreffenden Verhältnissen nicht bekannt, und wenn auch für das letzte Quartal dieses Jahres die ordnungsmäßige Revision eintreten könnte, so ist es doch schwierig, die letzten 3 von den ersten 9 Monaten zu trennen. (Der Herr Minister verliest den Gesetzentwurf, der der Commission überwiesen wird.)

Ferner den Vertrag mit Waldeck wegen Uebertragung der Verwaltung zur verfassungsmäßigen Genehmigung. (Bewegung.) Das Haus beschließt die Schlußberatung, obwohl v. Hennig und Dunder eine besondere Commission für den Vertrag wünschen.

Die 6. Vorlage, die der Finanzminister einbrachte, waren mehrere mit Großherzogthum Oldenburg abgeschlossene Verträge, betreffend den Anschluß

des Herzogthums Lüneburg an das Zoll- und Handelsystem des Herzogthums Göttingen. — Der Finanzminister schlug vor, diese Vorlage den vereinigten Commissionen für Handel und Gewerbe zu überweisen. — Auf den Vortrag des Präsidenten wurde dieselbe jedoch zur Schlußberatung gestellt und der Abg. Krieger (Samter) zum Referenten ernannt.

Die 7. Vorlage, die eingebracht wurde, ist ein Gesetz, betreffend die Stempelsteuer für ausländische und Luxus-Kalender. Die näheren Ausführungen des Finanzministers sind vollständig unverständlich. — Das Gesetz geht an die Finanz-Commission.

Die 8. Vorlage betraf die freie Einfuhr von Spielarten und den Wegfall der Bestimmungen für den Detailhandel. Auch diese wurde der Finanz-Commission überwiesen.

Die 9. und letzte Vorlage betraf die Aenderung des § 2 des Gesetzes, betr. die Landesvermessung des Fürstenthums Hohenollern. — Dieselbe wird der Agrar-Commission überwiesen.

Es folgte der 3. Gegenstand der Tagesordnung: Berathung über die geschäftliche Behandlung der Anträge Laster's über die Neberefreiheit der Abgeordneten.

Der Präsident schlug vor, den ersten Antrag, betr. die Niederschlagung der Unterjochung gegen Zwesten und Frenkel zur Schlußberatung, den zweiten, betr. die Declaration des Art. 84 der Verfassung zur Vorberatung im Hause zu stellen.

Abg. v. Brauchitsch (Elbing) beantragte, auch den ersten Antrag zur Vorberatung im Hause zu stellen. Das Haus trat fast einstimmig diesem Antrag bei, und genehmigte in Betreff des zweiten Antrags den Vorschlag des Präsidenten.

Es folgte der letzte Gegenstand der T.O.: Wahlprüfungen. — Der größte Theil der Mitglieder des Hauses verläßt den Saal, der übrige Theil unterhält sich so laut, daß von den Ausführungen des Referenten der 1. Abtheilung, Abg. v. Hennig, absolut nichts zu verstehen ist.

Nach Beendigung dieses Referats erbittet sich Abg. Dr. Rosch das Wort zur Geschäftsordnung. Er erklärt, daß auf der linken Seite des Hauses ein so starker Zug und eine solche Kälte herrsche, daß es nicht mehr auszuhalten sei. Der Herr Präsident sei für die Vertheilung der Mitglieder den Saal bereits verlassen hätten. Er bittet deshalb den Präsidenten, die Sitzung für heute zu schließen und dafür Sorge zu tragen, daß dies möglichst schnell abgeändert werde.

Wir bemerken hierbei, daß wir auf der Journalistentribüne schon längst darüber zu klagen haben; und in der That ein dauernder Aufenthalt in dieser Zugluft ohne erhebliche Schädigung der Gesundheit unmöglich ist.)

Abg. Köhne schließt sich den Ausführungen des Abg. Rosch durchaus an; der Zug sei aber nicht nur auf der linken Seite des Hauses, sondern im ganzen Hause bemerkbar. Es sei dies nicht mehr auszuhalten. „Wenn nicht bald Abhilfe geschieht, werde ich, m. H., wenigstens mit oder ohne Urlaub nicht mehr an den Verhandlungen des Hauses Theil nehmen. Es ist nicht zu verlangen, daß wir hier unsere Gesundheit aufopfern sollen.“

Abg. Graf Schwerin scheint sich dieser Ansicht anzuschließen, ist jedoch auf der Journalistentribüne unverständlich.

Ein Abgeordneter, der bei der zunehmenden Unruhe des Hauses, da die meisten Abgeordneten aufstehen und sich um den Präsidenten herumstellen, wieder zu seinen noch zu hören ist, spricht ansehnend im Anschlusse an den Vorredner.

Präsident v. Focke bedankt sich, den Zustand des Hauses untersuchen und wenn möglich Abhilfe schaffen zu lassen. Die Sitzung wird vertagt. Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Tages-Ordnung: Berathung über die geschäftliche Behandlung des heute eingebrachten Creditgesetzes und Wahlprüfungen.

Berlin, 21. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Ober-Polizei-Director Bräunow in Hamburg den rothen Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife, ferner dem Regierungs- und Schulrath Erhgar bei der königl. Regierung zu Stettin den Charakter als Geh. Regierungsrath und dem Geh. Registrator Widdinger und dem Ministerial-Registrator Bremer im Justizministerium den Charakter als Kanzleirath verliehen, sowie den Landgerichts-Assessor Reetmann zu Cleve, der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Barmen getroffenen Wahl gemäß, als besoldeten Beigeordneten der Stadt Barmen auf die gesetzliche 12jährige Amtsdauer bestätigt.

Der Baumeister Niedetz zu Münster ist zum königl. Kreis-Baumeister ernannt und demselben die Kreis-Baumeister Stelle zu Lippsahl verliehen worden.

Daß dem Baumeister Friedrich Hoffmann in Berlin und dem Stadt-Baurathe A. Licht in Danzig unter dem 22. Mai 1860 für das damalige Kurfürstenthum Hessen auf 3 Jahre ertheilt und durch Urkunde vom 14. November 1863 auf weitere 5 Jahre verlängerte Patent auf ringförmige Brennstoffen mit immerwährendem Betriebe ist bis zum 27. Mai 1873 verlängert worden. — Dem Kaufmann und Fabrikbesitzer C. Petzsching in Berlin ist unter dem 19. November 1867 ein Patent auf eine Gärndruckmaschine auf 5 Jahre ertheilt worden. (St. A.)

[Die Fach-Commissionen] haben sich heute in folgender Weise constituirt:

- 1) Commission für die Geschäfts-Ordnung: Koch (Vor.), v. Densin (Stell.), Dr. Veder (Schrift.), Stroffer (Stell.), Müller, v. Arnim (Revisoren), Oetweg, Graf Schwerin, Dr. Weber, Belzer (Düsseldorfer), Graf Strachwitz, Wagener (Frankfurt), Keuffel, v. Dorn.
- 2) Commission für Petitionen: v. Sauten (Julienfelde) (Vor.), Graf Heilard (Stell.), Bahlmann (Schrift.), Köhler (Lippstadt) (Stell.), Larz, Haack, Zweigel, Richter (Eisen), Harb, Erctius, v. Wangenheim, Dr. Gneiss, Strudmann, Wellmann, v. Saldern, Rannigier, Brin zu Hohenlohe, v. Buddenbrock, v. Dönhoff, v. Sobek, Mohr, Engelde, Dr. Karsten, Bieschel, v. Bommer-Sche, Engel (Verbitsch), v. Jagow, v. Silgers.
- 3) Commission für die Agrar-Verhältnisse: v. d. Knefede (Teltow) (Vor.), Benning (Stell.), Arndts (Schrift.), Witt (Stell.), Koppe, v. Gräbenitz (Schrift.), Kleinmiedt, v. Raltenborn, v. Born, v. Briesen, Sauterjahnst, v. d. Knefede (Ruppin), v. Körber, Meyer (Zornen).
- 4) Commission für Handel und Gewerbe: v. Unruh (Vor.), Graf Renard (Stell.), Dr. Lutteroth (Schrift.), Dr. Hammacher (Stell.), Heise, Dr. Veder, v. Marschall, Grumbmann, Dr. Braun (Wiesbaden), Förster, v. d. Red, Hone, Grumbrecht, Stengel.
- 5) Commission für Finanzen und Zölle: v. Patow (Vor.), v. Bennigen (Stell.), Dr. Franke (Schrift.), Schramm (Stell.), v. Hennig, Dr. Löwe, v. Floitwell, Dr. Glaser, v. Benda, v. Schel-Wissen, Schubarth, Schilling, v. Dechen, Frant (Hagen), Ziegler (Reichenheim), Dr. Marburg, v. Wedell, Agricola, v. Bodelschwing, Krieger (Samter), Dunder.
- 6) Commission für das Justizwesen: Waldeck (Vor.), v. Lintgenhal (Stellvertreter), v. Seydewitz (Schriftführer), Pfand (Stellvertreter), Dr. Bähr, Windthorst, Thilo, Lasker, v. Bötticher, Lampugnani, v. Quarad, Dr. Dettler, Dr. Achenbach, Müller (Solingen).
- 7) Commission für Gemeinde-Wesen: Graf Schwerin (Vor.), Dr. Lette (Stell.), v. Dieß (Schrift.), Parisius (Stell.), v. Niebelschütz (Freitadt), Deltus, Solger, v. Levebur, Giller, Mohren, Weide, zur Negebe, Graf Bethusy-Suc, Lauenstein.
- 8) Commission für Unterrichts-Wesen: Dr. Lachow (Vor.), Dr. Folger (Stell.), Dr. Schläger (Schrift.), Dr. Baur (Stell.), Dr. v. Bunsen, Dr. Bantrup, Dr. Krebs, Bied, Dr. Ellissen, Dr. Rünger, v. Kardorff, Dr. Semler, Polomski, v. Gopler-Zichtau.
- 9) Commission zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats: Stabenhagen (Vor.), v. Bodum-Dolfs (Stell.), v. Sillpnagel (Schrift.), v. Janber (Schrift.), Hoffmann (Schrift.), Dirds (Schrift.), Dr. Franke (Oldenburg), Ziegler (Hanau), v. Bennigen, Wildens, Schön, v. Foverbed, Dr. Engel, v. Brauchitsch (Elbing), Dr. Glaser, Häbler, Reichenheim, Dr. Braun (Wiesbaden), Wachler, Kunge, Rannigier, Lutteroth, v. Gräbenitz (Oldenburg), v. Berg, Rochly, Dr. Birchow, v. Cottenet, Ferno, Grumbrecht, Mooren, Twesten, Ahmann, v. Wittke-Gollande, Dr. Hammacher, Krug v. Nidda.

[Der Fraction der deutschen Fortschrittspartei] des Abgeordnetenhauses haben sich bis jetzt folgende 27 Abgeordnete angeschlossen: Dr. Benders, Dr. Waldeck, Dr. Rosch, Frhr. v. Foverbed, Dr. Veder, Kunge, von Beersmordt-Wallrade, Larz, Uhlenborff, Rodland, Parisius, Dunder, Dr. Löwe (Salbe), Dr. Birchow, Dr. Jacoby, Dr. Gerty, Dr. Baur, Ziegler, von Kirchmann, Schulze (Berlin), Häbler, Frhr. v. Silgers, Laßwitz, Hartort,



